



**Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Sport, Kultur und Freizeit
am Mittwoch, 03.05.2017 von 18:00 bis 20:30 Uhr
Ort: Kleiner Sitzungssaal, Rathaus am Stadtpark**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Sönke Baumdick	SPD	
---------------------	-----	--

stellv. Vorsitzende/r

Herr Hans Meyer	SPD	ab TOP 7
-----------------	-----	----------

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jonas Bickschlag	CDU	
Frau MdL Renate Geuter	SPD	Vertretung für Eike Baran
Herr Bernhard Kramer	CDU	Vertretung für Silke Diekhaus
Herr Karl-Heinz Krone	CDU	Vertretung für Dr. Matthias Lamping
Herr Dennis Löschen	SPD	
Herr Heinz Lübbers	SPD	
Herr Gerd Stratmann	CDU	
Herr Andreas Taming	FDP	
Herr Matthias Wallschlag	CDU	Vertretung für Marlies Preuth
Herr Bernd Wichmann	CDU	Vertretung für Christian Reiners

Beratende Mitglieder

Herr Thorben Andres		
Frau Edith Jantos	Ausschuss für Jugend, Sport, Kultur und Freizeit	
Herr Andreas Kaczmarzik		
Frau Carola Reiners		
Frau Gabriele Tepe	JSKFS-Ausschuss	
Herr Matthias Wekenborg		

Verwaltung

Frau Heidrun Hamjediers	Erste Stadträtin	
Frau Marina Meemken		
Herr Sven Stratmann	Bürgermeister	

Abwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Eike Baran	SPD	
Frau Silke Diekhaus	CDU	
Herr Dr. Matthias Lamping	CDU	
Frau Marlies Preuth	CDU	
Herr Christian Reiners	CDU	

Beratende Mitglieder

Herr Matthias Waldow	Ausschuss für Jugend, Sport, Kultur und Freizeit	
----------------------	--	--

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Sönke Baumdick eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Mitglieder des Jugend-, Sport-, Kultur und Freizeitausschusses, die Vertreter der Verwaltung, die anwesende Presse und insbesondere die beratenden Mitglieder.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Daraufhin stellt der Ausschussvorsitzende die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Verpflichtung der nicht dem Rat angehörenden Mitglieder des Jugend-, Sport-, Kultur- und Freizeitausschusses
Vorlage: BV/006/2017

Bürgermeister Sven Stratmann begrüßt ebenfalls alle Anwesenden, insbesondere die drei neu berufenen beratenden Mitglieder Thorben Andres, Carola Reiners und Gabriele Tepe, die er per Handschlag auf die §§ 40-42 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes verpflichtet. Er hofft auf eine gute Zusammenarbeit und bedankt sich schon jetzt für die Übernahme des Ehrenamtes.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 5 Genehmigung der Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung am 16.01.2017 wird unter Tagesordnungspunkt 5 bei 4 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

TOP 6 Bericht der Verwaltung

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers trägt vor, dass der SV Hansa Friesoythe e.V. einen Antrag auf Bezuschussung nach den Sportförderrichtlinien für die grundlegende Instandsetzung eines Trainingsplatzes sowie die Installation einer Bewässerungsanlage gestellt hat. Da zum Zeitpunkt der Einladung noch nicht alle Unterlagen vorlagen, wird der Antrag im nächsten Ausschuss beraten. Die Maßnahme beläuft sich nach vorliegenden Antragunterlagen auf insgesamt 196.000,00 €. Zum Antrag des SV Altenoythe e.V. zur Förderung einer Tribüne fehlen ebenfalls noch Unterlagen, so dass dieser noch nicht abschließend bearbeitet werden konnte.

Die Erste Stadträtin erläutert, dass im Arbeitskreis Soziales der Hauptverwaltungsbeamten die Problematik der rückständigen Kindertagesstättengebühren diskutiert wurde. Daraufhin wurde eine Umfrage erstellt, die gezeigt hat, dass es in Friesoythe mit ca. 53.800,00 € für kommunale und kirchliche Einrichtungen vergleichsweise sehr hohe Rückstände gibt. Die Kirchengemeinde hat sich nun auch auf den Weg gemacht, die ausstehenden Gebühren zu vollstrecken.

Darüber hinaus berichtet Frau Hamjediers, dass die Kath. Kirchengemeinde Friesoythe um Auflösung des Vertrages für das Jugendheim Neuscharrel gebeten hat. Hier sind noch Gespräche zu führen.

Bürgermeister Sven Stratmann berichtet einleitend, dass einige Beratungspunkte auf der Tagesordnung stehen, die den Bereich Kindertagesstätten betreffen. Diese Themen können Emotionen hervorrufen, da es um das höchste Gut geht, um die Kinder der Stadt. Viele Eltern müssen sich die Frage stellen, wie sie Familie und Beruf unter einen Hut bekommen.

Der Bürgermeister legt zu Beginn der Sitzung folgende Fakten dar, um die Diskussion zu versachlichen und die Gesamtsituation in den Blick zu nehmen bzw. darzustellen.

Er berichtet, dass es wie wohl fast landesweit auch in Friesoythe zu wenigen Kindergarten- und Krippenplätze gibt. Er erklärt, dass es bis 2014 eine andere Einstellung bezüglich der Planung gab. Demnach ist/war die Bedarfsplanung des Landkreises maßgeblich, wonach es offiziell keinen Mangel an Plätzen gibt. An der Aussage der Bedarfsplanung des Landkreises hat sich bislang nichts geändert. Die Realität sieht jedoch anders aus.

Der Bürgermeister erörtert, dass es der neuen Verwaltungsleitung erstmals im Jahr 2015 aufgefallen ist. Damals ging es um 27 fehlende Kindergartenplätze, die sich dann aber „auflösten“, weil es sich angeblich um Doppelmeldungen handelte.

Im Bereich 40 – Bildung, der zum 01.01.2016 neu gebildet wurde, wurde recht schnell erkannt, dass im Kernort Friesoythe und in Altenoythe Plätze fehlen.

Die Frage war nun zunächst, wie die wenigen Plätze verteilt werden sollten.

Danach folgte auch noch die „rote Karte“ vom Landkreis mit der klaren Vorgabe, keine Neuverschuldung mehr zu tätigen. Insofern galt es zunächst, den Haushalt auf ein solides Fundament zu stellen.

Der Bürgermeister berichtet weiter, dass trotz alledem – um keine Chancen zu vertun – ein Antrag auf RAT-Mittel für den Bau einer neuen Kindertagesstätte, in städtischer Trägerschaft, gestellt wurde.

In 2017 war für Bürgermeister Stratmann klar, dass die Lücke zwischen gewünschten und vorhandenen KiTa-Plätzen größer wird und Eltern nicht die von ihnen gewünschte, optimale Betreuung in Anspruch nehmen konnten.

Ihm war bewusst, dass bis zum Sommer 2018 keine Lösung „aus dem Boden gestampft“ werden konnte, so dass nun sowohl kurz- als auch langfristige Planungen gemacht werden mussten.

Fraglich war nach den Ausführungen von Bürgermeister Stratmann, auf welche Datengrundlage diese Planungen auf den Weg gebracht werden mussten. Die Verwaltung hatte bis dato kein Mandat seitens der Politik, um Planungen anzustellen, Gespräche zu führen oder ähnliches.

Für die dringend erforderliche Übergangslösung war es fast unmöglich, Immobilien mit großen Räumen und entsprechender Außenfläche für eine KiTA zu finden, die dann auch noch für einen begrenzten Zeitraum vermietet werden, so Bürgermeister Stratmann weiter. Dennoch konnte die Verwaltung zwei Alternativen entwickeln, die als Übergangslösung dienen können.

Weiterhin bleibt die Frage nach der mittel- bis langfristigen Planung für die KiTa-Landschaft in Friesoythe.

Bürgermeister Sven Stratmann erklärt, dass es im Stadtgebiet ein Ungleichgewicht in den Betreuungsangeboten gibt, da nur vier Einrichtungen Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahre vorhalten. Auch die Zahl der Ganztagsplätze ist noch nicht ausgewogen, derzeit wird sich mit der Kombination aus Vormittags- und Nachmittagsgruppen geholfen, obwohl das eigentlich nicht im Sinne des Kindertagesstättengesetzes ist.

Bürgermeister Stratmann führt weiter aus, dass nun die Frage der langfristigen Konzeption im Raum stand, um zukünftig genügend bedarfsgerechte Plätze anbieten zu können.

Aktuell sollte die Situation durch ein einheitliches Vergabe- und Punktesystem entschärft werden. Dies hat leider nicht den gewünschten Erfolg gebracht, erläutert Bürgermeister Stratmann. Gemeinsam mit den Leiterinnen soll dieses für die nächsten Jahre weiter optimiert werden.

Bürgermeister Sven Stratmann macht noch einmal deutlich, dass die Stadt Friesoythe nicht für die Bedarfsplanung zuständig ist; das macht gemäß der Vereinbarung zwischen den Kommunen und dem Landkreis der Landkreis Cloppenburg. Dieser hat bislang festgestellt, dass es in Friesoythe ausreichend Kindergartenplätze gibt.

Der Bürgermeister erklärt weiter, dass die Betreuungsverträge zwischen den Einrichtungen und den Eltern abgeschlossen werden, bei den kirchlichen Kindertagesstätten hat die Stadt keinen direkten Einfluss. Trotzdem hat sich die Stadtverwaltung eingebracht und um eine Regelung bemüht, damit die Situation entschärft wird. Die Stadtverwaltung hat die Absagen an die Eltern geschrieben und führt jetzt viele Gespräche.

Bürgermeister Stratmann verdeutlicht, dass dabei vorrangig das Anliegen war, die Kindergartenleitungen vor dem Unmut der Eltern zu „bewahren“, da die Leiterinnen nicht dafür verantwortlich sind, dass es in Friesoythe zu wenige Plätze gibt.

Den Eltern ist es egal, wer für die Schaffung der Plätze und die zugehörigen Berechnungen verantwortlich ist. Für sie ist es wichtig, dass schnell gehandelt wird.

Deshalb hat die Verwaltung, führt Herr Stratmann weiter aus, sehr detaillierte Vorlagen mit konkreten Beschlussempfehlungen mühsam erarbeitet und vorgelegt.

Die Verwaltung übernimmt gerne die Verantwortung, auch wenn es unangenehm ist und negative Botschaften übermittelt werden müssen. Diese Verantwortungsübernahme gilt jedoch nur im Rahmen der städtischen Einflussmöglichkeiten. Dort, wo die Stadt nur Zuschusszahler ist, kann sie naturgemäß auch nur begrenzt beeinflussen, erklärt Bürgermeister Stratmann.

Einige Eltern haben eine Eingabe an die Stadt gerichtet mit einem konkreten Vorschlag, am Don-Bosco-Kindergarten eine neue Gruppe einzurichten. Auch wenn ein Förderverein oder ein Elternkreis nicht der richtige Ansprechpartner für die Stadt ist, bedankt sich der Bürgermeister für das Engagement und den Einsatz.

Herr Stratmann führt weiter aus, dass die heutigen Vorlagen und Vorschläge sicherlich über das hinausgehen, was Aufgabe der Stadtverwaltung ist. Dies war aber eine bewusste Entscheidung und im Interesse der Eltern und vor allem der Kinder.

Zum Ende appelliert Bürgermeister Stratmann an die Ausschussmitglieder, den Weg gemeinsam mit der Verwaltung zu beschreiten und heute Entscheidungen zu treffen, damit möglichst schnell neue Kindertagesstättenplätze geschaffen werden können.

TOP 7 Mitteilungen

TOP 7.1 Bezuschussung der 2. Krippengruppe im Kindergarten St. Monika Gehlenberg Vorlage: MV/099/2017

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erklärt, dass der Krippenausbau mit einer Summe von 253.000,00 € veranschlagt wurde und entsprechend Mittel beim Land und Landkreis beantragt wurden. Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Cloppenburg hat bei der Überprüfung der Verwendungsnachweise verschiedene Vergabefehler festgestellt. Diese wurden kritisch hinterfragt und an die Landesschulbehörde weitergegeben. Das Land hat daraufhin entschieden, die gesamte bewilligte Summe auszuzahlen. Nach Rücksprache mit dem Landkreis Cloppenburg (Kreisjugendamt) werden der Landkreis und die Stadt ebenfalls den gesamten Zuschuss auszahlen, jedoch unter Vorbehalt einer Rückforderung, wenn das Land zurückfordern sollte. Frau Hamjediers erklärt, dass der Gehlenberger Kindergarten sehr schön ist und die Vollbelegung die gute Arbeit dort wieder spiegeln, entgegen der sonstigen Quoten im Krippenbereich. Ein besonderes Lob spricht Frau Hamjediers der Kirchengemeinde und dem Rechnungsführer für die engagierte Arbeit aus.

Ratsherr Hans Meyer ergänzt, dass die Fehler bei der Vergabe nicht vom Kirchenvorstand, sondern vom Planer gemacht worden sind.

Ratsherr Matthias Wallschlag erkundigt sich, ob bei den angegebenen 45 fehlenden Plätzen, die Familien abgezogen wurden, die keinen Platz in der Wunscheinrichtung, aber mittlerweile in einer anderen Einrichtung bekommen haben. Er selbst hat für seine Tochter auch eine Absage im Don Bosco Kindergarten bekommen, ist aber auf den Ich-bin-Ich-Kindergarten ausgewichen.

Die Erste Stadträtin erklärt, dass dies nicht tagesaktuell berücksichtigt wurde. Dies ist insbesondere auch darauf zurückzuführen, dass es im Laufe des Kindergartenjahres zu familiären Veränderungen kommen kann oder noch Kinder zuziehen, daher wird mit 45 fehlenden Plätzen gerechnet.

Bürgermeister Sven Stratmann und Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erklären, dass die Tagesordnung eingehalten werden sollte. Die Verwaltung hat im Folgenden Vorschläge gemacht, um die Situation zu entschärfen. Hier sollte auch darüber diskutiert werden.

TOP 8 Antrag der CDU-FDP-Stadtratsfraktion "Anbau/Erweiterung des Kindergartens Don Bosco in Friesoythe" Vorlage: BV/098/2017

Protokollhinweis: Die Tagesordnungspunkte 8 und 9 werden auf Antrag der CDU-FDP-Stadtratsfraktion gemeinsam beraten und entschieden.

Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Krone erklärt, dass die CDU-FDP-Fraktion mit dem von der Verwaltung ausgearbeiteten Beschlussvorschlag nicht einverstanden ist.

Ratsherr Bernd Wichmann stimmt seinem Vorredner zu und erklärt, dass zunächst die Gesamtsituation betrachtet werden muss. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollte man bestehende funktionierende kleine Einheiten nicht angreifen. Hier muss die Stadt nur eingreifen, wenn etwas nicht funktioniert.

Herr Wichmann führt weiter aus, dass die Stadt selbst abschätzen kann, wie viele Geburten es im Jahr gibt und dementsprechend den Bedarf an Kindertagesstättenplätzen hochrechnen kann. Die CDU-FDP-Fraktion sieht die Trägervielfalt und die unterschiedlichen Ansätze bei den pädagogischen Konzepten sehr positiv. Hier sollte die Zusammenarbeit mit den nicht-städtischen bzw. privaten Einrichtungen intensiviert werden. Nur so kann im Stadtgebiet eine bedarfsgerechte Flexibilisierung angeboten werden. Da die Eltern die Möglichkeit der Wahl zwischen verschiedenen Einrichtungen und Konzepten haben, muss ebenfalls das zentrale Vergabesystem überdacht werden, erläutert Ratsherr Wichmann weiter. Die Kriterien bzw. die Punktevergaben sind zu überdenken, insbesondere wenn seitens der Stadtverwaltung z.B. ein Waldkindergarten in Planung ist.

Wenn sich Eltern jedoch überwiegend bei einer Einrichtung anmelden und hier der alleinige Überhang ist (hier im Don Bosco Kindergarten), sollte auch dort gehandelt werden, verdeutlicht Ratsherr Wichmann. Das Argument, dass andere Einrichtungen keine Anmeldungen mehr entgegen genommen haben, reicht für ihn nicht aus. Er ist der Ansicht, dass die Eltern sich bewusst für diesen Kindergarten entschieden haben. In diesem Zusammenhang verweist er auf das Leitbild der Einrichtung, das die Eltern wohl überzeugt.

Daher schlägt die CDU-FDP-Fraktion vor, so Wichmann weiter, am Don Bosco Kindergarten zwei zusätzliche Kindergartengruppen und eine Krippengruppe einzurichten. Das städtische Grundstück (öffentlicher Spielplatz/IG Meeschen) kann in die Überlegungen mit einbezogen werden, so dass hier auch zusätzlich eine Übergangslösung in Form von Containern geschaffen werden kann. Ratsherr Bernd Wichmann ergänzt, dass am vorhandenen Standort die Infrastruktur gegeben ist. Personal ist bereits vorhanden bzw. könnte Vertretungsfälle auffangen. Die Verwaltungstätigkeiten werden von der Kirche und nicht von der Stadt erledigt. Herr Wichmann erklärt, dass die Kirche vor über zwei Jahren bereits versucht habe mit dem Bürgermeister ein Gespräch aufzunehmen. Außerdem ist seit mehr als einem Jahr bekannt, dass es zu wenige Plätze im Stadtgebiet gibt. Die Verwaltung habe nicht auf das Angebot der Kirche im Gespräch vor zwei Jahren reagiert. Nun ist die 10%-ige Förderung der Kirchengemeinde ggf. ausgelaufen.

Die CDU-FDP-Fraktion beantragt daraufhin den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

Die Verwaltung wird beauftragt

- *mit der katholischen Kirchengemeinde in Verhandlung über die Erweiterung des Kindergartens Don Bosco um zwei weitere Kindergartengruppen und eine Kinderkrippengruppe einzutreten sowie eine entsprechende Übergangslösung am gleichen Standort vorzubereiten*
- *zusammen mit den Leitungen der Kindertagesstätten bzw. den öffentlich-rechtlichen Trägern eine mittel- bis langfristige Bedarfsplanung zu erstellen*
- *die Möglichkeit zur Errichtung eines Waldkindergartens zu prüfen*
- *zur Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel einen Nachtragshaushalt vorzubereiten*

Fraktionsvorsitzende Renate Geuter erklärt, dass es große Herausforderungen in der KiTa-Landschaft der Stadt Friesoythe gibt. Rechtlich und formal besteht entsprechend der Bedarfsplanung des Landkreises kein Handlungsbedarf. Da die Lebenswirklichkeit jedoch anders aussieht, muss gehandelt werden. Daher spricht sie einen Dank an die Verwaltung für die sehr gute Vorbereitung der Sitzung aus.

Frau Geuter führt weiter aus, dass derzeit kein Antrag oder eine konkrete Eingabe vom Träger für die Erweiterung des Don Bosco Kindergartens vorliegt, sondern nur ein Antrag vom Förderverein bzw. Elternbeirat, für deren Engagement sie sich ebenfalls bedankt. Unter Einbeziehung der jetzigen Kindertagesstätten sind langfristige Planungen zu entwickeln, die in einem Gesamtkonzept auf Grundlage einer Bedarfsplanung zusammengefasst werden sollten. In diesem Rahmen sollen auch Gespräche mit den verschiedenen Trägern geführt werden. Da der Christophorus Kindergarten nach Aussage von Ratsfrau Geuter zu groß ist, hat sie Bedenken an einem weiteren Standort in der vorgeschlagenen Form anzubauen. Im Rahmen des Gesamtkonzeptes ist der Don Bosco Kindergarten mit einzubeziehen.

Generell sind die Verträge mit der katholischen Kirchengemeinde zu überprüfen, führt Ratsfrau Geuter weiter aus. Sie weist darauf hin, dass die Beeinflussungsmöglichkeiten bei einer KiTa in freier Trägerschaft gering sind, über die Aufnahme der Kinder entscheidet allein der Träger. Die Stadt sollte hier nicht den zweiten vor den ersten Schritt tun und mit der Übergangslösung am Don Bosco Kindergarten Fakten schaffen. Lange wurde die Not der Eltern nicht berücksichtigt, jetzt ist die Bedarfsplanung anzupassen bzw. zu ändern und dementsprechend zu handeln.

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers entgegnet, dass die CDU-FDP-Fraktion beantragt hat, die Tagesordnung um den Punkt „Anbau/Erweiterung des Kindergartens Don Bosco in Friesoythe“ zu erweitern, weitergehende Informationen liegen nicht vor. Unter dieser Prämisse erfolgte die Sitzungsvorbereitung. Sie fügt hinzu, dass die Bedarfsplanung des Landkreises auch maßgeblich für die Zahlung von Zuschüssen ist. Daher hat die Verwaltung eigene Daten ermittelt, die dem Landkreis zur Verfügung gestellt werden sollen.

Darüber hinaus erklärt die Erste Stadträtin, dass das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) eine Höchstzahl von 5 Gruppen pro Einrichtung vorsieht. Daher ist es für den Don Bosco Kindergarten besser, nur eine zusätzliche Krippengruppe zu schaffen. Sie berichtet außerdem davon, dass die Alternativangebote z.B. in Markhausen sehr gut angenommen werden und Eltern damit sehr zufrieden sind.

Ratsherr Wichmann ist der Ansicht, dass eine Krippengruppe bei der Größe einer Kindertagesstätte gem. dem Kindertagesstättengesetz nicht mitgerechnet wird, da diese räumlich getrennt sein müsse.

Die Erste Stadträtin erläutert, dass Krippen- und Kindergartengruppen gleichermaßen bei der Vorgabe des § 7 KiTaG zu berücksichtigen sind.

Zur Bedarfsplanung erläutert die Erste Stadträtin, dass es natürlich einfach sei die Geburtenzahlen auszuwerten und hochzurechnen. Maßgeblich seien aber die Quoten, die jeweils für den Krippen- und Kindergartenbereich angenommen würden.

Zu der von der Verwaltung aufgestellten Bedarfsplanung für den Kindergartenbereich gibt die Erste Stadträtin sodann folgende Detailinformationen:

Das Montessori-Kinderhaus wurde extra ausgewiesen, da dieses aufgrund der anderen Elternbeiträge auch kein Bestandteil der Bedarfsplanung des Landkreises ist. Dies bedeutet ausdrücklich nicht, dass die Verwaltung diese Einrichtung nicht schätze. Hintergrund sei vielmehr, dass man um einen Bedarf nachweisen zu können, nicht gänzlich von den Vorgaben des Landkreises abweichen könne.

Zunächst stellt die Erste Stadträtin die derzeitige Situation dar (s. Anhang Sitzungsvorlage). Am Grünen Hof gibt es beispielweise jeweils zwei Krippen- und zwei Kindergartengruppen. Offiziell ist die Wolkenlandgruppe als Vor- und Nachmittagsgruppe geführt. Da der Großteil der Kinder jedoch in beiden Gruppen angemeldet ist (für vor- und nachmittags), wird sie hier als eine Gruppe berücksichtigt (ähnlich im Don Bosco und Christophorus Kindergarten). Im Kindergarten Markhausen gibt es voraussichtlich zum Sommer zwei Integrationskinder, so dass hier noch eine Integrationsgruppe entstehen wird. Grundsätzlich reichen die Plätze in den Ortschaften aus, z.T. sind noch freie Plätze vorhanden. Bei einer Klage könnte die Stadt auf diese verweisen. In der Bedarfsplanung wird für die Krippengruppen eine 50%-ige Betreuungsquote angenommen, erklärt die Erste Stadträtin. Die momentane Entwicklung zeigt, dass der Bedarf steigt. Für die Abdeckung von flexiblen Bedarfen können Tagespflegepersonen in Anspruch genommen werden.

Bei den Kindergartenplätzen wird von einem 100%-igen Bedarf ausgegangen. Da die Kinder nicht genau zu Beginn des Kindergartenjahres drei Jahre alt werden, wird 3,3 Jahre Betreuungszeit für den Kindergarten angenommen. Der Landkreis geht demgegenüber nicht von einer 100 % - Quote bei den 3-Jährigen aus. Darüber hinaus ist zu beachten, dass auch unterjährig Kinder aufgenommen werden müssen. Die der Sitzungsvorlage beigefügte Planung zeigt, dass es einen erheblichen Mehrbedarf gibt. Frau Hamjediers erklärt, dass diese Zahlen ebenfalls dem Kreisjugendamt zur Verfügung gestellt werden sollen, um ggf. Fördermittel zu bekommen.

Die Erste Stadträtin gibt zu bedenken, dass einige Einrichtungen sehr groß sind und teilweise nicht den Vorgaben des KiTaG entsprechen. Nach Mitteilung vom Landesjugendamt sind grundsätzlich keine Außenstellen gewünscht, maximal mit einer Gruppe. Langfristig sollte die Betreuung in allen Einrichtungen ab dem 1. Lebensjahr möglich sein. Dies ist z.B. auch mit altersübergreifenden Gruppen möglich. Derzeit konnten diese aber noch nicht eingeführt werden, da die Aufnahme von jüngeren Kindern zu Gruppenreduzierungen führt.

Ratsherr Hans Meyer ergänzt, dass die Bedarfsplanung des Landkreises von einer Verweildauer von 2,5 Jahren im Kindergarten ausgeht. Die Entwicklung, dass heute meistens beide Elternteile arbeiten ist dort ebenfalls nicht berücksichtigt worden. Die Kindertagesstätte in Gehlenberg ist ein gutes Beispiel für eine funktionierende Einrichtung. Er weist ausdrücklich in Bezug auf die angespannte Lage in Friesoythe darauf hin, dass jetzt eine Entscheidung für eine bestimmte Übergangslösung getroffen werden muss, damit Eltern noch einen Platz bekommen. Für die langfristige Lösung sind unterdessen mögliche Fördermittel einzuwerben bzw. darüber zu verhandeln.

Ratsherr Heinz Lübbers erkundigt sich, warum nicht die genaue Zahl von jetzt fehlenden Plätzen dargestellt wird und erklärt, dass sich alle Kindertagesstätten an das vereinbarte Anmeldeverfahren halten sollten.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erklärt, dass 45 Eltern eine Absage für einen Vormittagsplatz im Kindergarten bekommen haben. Für die Krippe wurden 22 Absagen verschickt. Bis zum heutigen Tag hat die Verwaltung noch nicht die Rückmeldung von allen Eltern erhalten und viele machen ihre Entscheidung von der heutigen Sitzung abhängig. Die Situation ist damit noch im Fluss.

Ratsherr Karl-Heinz Krone verdeutlicht, dass die CDU-FDP-Fraktion sich nur eine Übergangslösung anhand von Containern als Angliederung an den Don Bosco Kindergarten vorstellen kann. Hier könnte der anliegende städtische Spielplatz genutzt werden. Er weist auf die Mehrheitsverhältnisse im Rat hin: „Wir sind vom Volk gewählt, wir haben die Mehrheit, und wir machen das so.“

Ratsfrau Renate Geuter wirft ein, dass nur über den Don Bosco Kindergarten gesprochen wird, es aber noch keine verbindliche Eingabe vom Träger, der katholischen Kirchengemeinde, gibt. Außerdem gibt sie zu bedenken, dass noch nicht absehbar ist, wie hoch die Kosten werden und wie die Finanzierung aussieht.

Ratsherr Karl-Heinz Krone fordert die Verwaltung dazu auf, Verhandlungen mit der katholischen Kirchengemeinde über einen Anbau von zwei Kindergarten- und einer Krippengruppe am Don Bosco Kindergarten aufzunehmen.

Ratsherr Bernd Wichmann bekräftigt seinen Vorredner und erklärt, dass die genannten Gruppen zunächst in einer Übergangslösung und später langfristig mittels eines Anbaus geschaffen werden sollen.

Bürgermeister Stratmann entgegnet, dass die Verwaltung alle erforderlichen Daten vorbereitet und vorgelegt hat. Diese zeigen, dass langfristig unter Berücksichtigung der Inklusion und unterjährigen Aufnahme, mehr als zwei Gruppen erforderlich sind. Für die Übergangslösung am Scheefenkamp sind umfangreiche Verhandlungen geführt worden, so dass dort für zwei Jahre 43 Kinder untergebracht werden können. Der Bürgermeister führt weiter aus, dass zukünftig eine neue Einrichtung mit Krippen- und Kindergartenangebot notwendig sein wird. Diese sollte aufgrund der Einflussmöglichkeiten in städtischer Trägerschaft eingerichtet werden. Die Planungen am Don Bosco Kindergarten sind seitens der Verwaltung noch nicht aufgenommen worden (z.B. Klärung Erbpacht). Der Bürgermeister führt weiter aus, dass die Stadt im stetigen Austausch mit den Kindergartenleitungen ist und Vorschläge teilweise auch dort besprochen wurden. Herr Stratmann appelliert nochmals für die Übergangslösung am Scheefenkamp als gute und schnelle Alternative.

Ratsfrau Renate Geuter erklärt, dass sie den Vorschlag der Verwaltung grundsätzlich besser findet. Außerdem liegen hier alle Kosten vor. Die Vorschläge für eine kurz- und langfristige Lösung der CDU-FDP-Fraktion am Don Bosco Kindergarten kann die SPD-Fraktion nicht mittragen.

Ratsherr Hans Meyer fragt an, wie die Fraktion sich die zeitliche Vorgehensweise vorstellt. Jetzt hat die Unterbringung der Kinder Priorität. Die Containerlösung ist sehr fraglich. Es sollte der Weg gewählt werden, der schnell und sicher ist.

Ratsherr Bernd Wichmann erörtert, dass eine langfristige Bedarfsplanung notwendig ist und der Beschlussvorschlag der Verwaltung zum größten Teil übernommen wurde. Jetzt ist es wichtig Gespräche mit der Kirchengemeinde zu führen. Diese habe bereits vor zwei Jahren ins Gespräch

gebracht, den Don Bosco Kindergarten zu erweitern und der Verwaltung konkrete Ausbaupläne vorgelegt. Dies wisse er aus hochgläubwürdiger Quelle. Auf diese Pläne könne man jetzt zurückgreifen, um das Verfahren zu beschleunigen.

Bürgermeister Stratmann sagt, dass dies nicht der Wahrheit entspreche. Nach seiner Erinnerung sei das Gespräch kein konkretes Angebot gewesen.

Der Ausschussvorsitzende Sönke Baumdick unterbricht die Diskussion und schlägt vor, die Redebeiträge zu begrenzen, um vernünftige und zukunftsfähige Entscheidungen zu treffen. Die Gespräche sind auf Grundlage von Fakten zu führen.

Bürgermeister Stratmann entgegnet, dass es ein Gespräch mit Dechant Borth gegeben hat, bei dem der Pfarrer geäußert hat, die Kirche als Träger in weitere Planungen mit einzubeziehen. In dem Gespräch wurden auch Pläne vorgelegt vom kirchlichen Kindergarten in Bösel, weil dieser mit dem Don-Bosco-Kindergarten baugleich sei. Pastor Borth habe in dem Gespräch erklärt, dass eine entsprechende Erweiterung beim Don-Bosco-Kindergarten denkbar ist.

Der Bürgermeister stellt die Frage an die CDU-FDP-Fraktion, ob es sich bei der heutigen Diskussion um Parteipolitik gegen den Standort Scheefenkamp handelt.

Ratsherr Bernd Wichmann erklärt, dass hier keine Grundsatzkriege geführt werden, sondern zuvor immer ein angenehmes Klima geherrscht hat und unterschiedliche Meinungen erlaubt sind.

Ratsfrau Renate Geuter führt aus, dass sich die Beschlussempfehlungen wesentlich unterscheiden, da es zur Vermischung von Grundsatz- und Übergangslösung kommt. Mit dem Vorschlag der CDU-FDP-Fraktion ist das Gesamtkonzept bereits vorbestimmt. Eine Entscheidung über eine weitere Kindertagesstätte erübrigt sich, grundsätzliche Überlegungen können nicht berücksichtigt werden.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers stellt die Frage, ob die beschriebene Bedarfsplanung nachvollziehbar ist und alle Ausschussmitglieder den Ausführungen zustimmen können. Die politischen Mandatsträger stimmen dem zu.

Sodann schlägt sie vor, einen Kompromiss zu beschließen, da der Vorschlag der CDU-FDP-Fraktion ja in den meisten Punkten übereinstimme. Differenzen gebe es bei dem ersten Punkt der Beschlussempfehlung. Man könne doch beide Vorschläge – den der Verwaltung und den der CDU-FDP-Fraktion - als Alternativen aufnehmen. Wichtig sei ihr, einen klaren Arbeitsauftrag zu erhalten. Der Vorschlag der CDU-FDP-Fraktion beinhalte i.E. einige Punkte, die sich nicht ausräumen lassen.

Ratsherr Krone sagt, dass das nicht gewollt ist. Seine Fraktion wolle genau den Vorschlag zur Abstimmung bringen, der anfangs formuliert worden sei.

Der Ausschuss für Jugend, Sport, Kultur und Freizeit gibt folgende Beschlussempfehlung an den Verwaltungsausschuss:

Die Verwaltung wird beauftragt

- mit der katholischen Kirchengemeinde in Verhandlung über die Erweiterung des Kindergartens Don Bosco um zwei weitere Kindergartengruppen und eine Kinderkrippengruppe einzutreten sowie eine entsprechende Übergangslösung am gleichen Standort vorzubereiten
- zusammen mit den Leitungen der Kindertagesstätten bzw. den öffentlich-rechtlichen Trägern eine mittel- bis langfristige Bedarfsplanung zu erstellen
- die Möglichkeit zur Errichtung eines Waldkindergartens zu prüfen
- zur Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel einen Nachtragshaushalt vorzubereiten

TOP 9 Erweiterung des Angebotes an Plätzen in den Kindertagesstätten - Grundsatzplanung
Vorlage: BV/102/2017

sh. TOP 8

TOP 10 Angebot an Plätzen in den Kindertagesstätten - Übergangslösung
Vorlage: BV/103/2017

Ratsherr Hans Meyer beantragt trotz der zuvor getroffenen Entscheidung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abzustimmen.

Ratsherr Karl-Heinz Krone erklärt, dass seine Fraktion anderer Meinung ist, insbesondere geht er davon aus, dass das Wohnhaus am Scheefenkamp voraussichtlich noch bis Oktober bewohnt ist.

Auf die Frage aus der SPD-Fraktion, was aus Sicht der CDU-FDP-Fraktion gegen den Verwaltungsvorschlag bzw. für den Fraktionsvorschlag spricht, erklärt Ratsherr Krone, dass es sich um eine politische Entscheidung handelt.

Bürgermeister Sven Stratmann entgegnet, dass die Übergangslösung am Scheefenkamp nach derzeitigem Zeitplan spätestens zum 01. Oktober 2017 bezogen werden kann, natürlich sei die Verwaltung bestrebt dies früher zu realisieren. Mit dem Mehrheitsbeschluss der CDU-FDP-Fraktion wurde die Arbeit eines halben Jahres zerstört. Die von der Verwaltung genannten drei Alternativen wurden nicht einmal thematisiert, sondern zunichte gemacht. Er bittet die CDU-FDP-Fraktion ebenfalls, konkrete Gründe zu benennen, die zu dem Fraktionsvorschlag geführt hätten. Das sei in Anbetracht der immensen Vorarbeit angemessen. Er finde es sehr unbefriedigend, dass die Mehrheitsfraktion bislang kein einziges Argument vorgebracht habe, das gegen die Lösung Scheefenkamp spreche. Zudem vermisse er mit Fakten unterlegte Gründe für die von der CDU-FDP-Fraktion vorgeschlagene Lösung.

Die Erste Stadträtin erklärt, dass Beschlüsse der Gremien selbstverständlich ausgeführt werden. Für sie und ihre Verwaltung sei es aber wichtig zu wissen was zu tun sei. Dies sei beim vorliegenden Beschlussvorschlag nicht eindeutig. Sie erklärt, dass sie bei entsprechender Beschlusslage alle Eltern kurzfristig informieren müsse, da diese eine konkrete Rückmeldung seitens der Stadt erwarten. Die Verwaltung habe etliche Gespräche mit den Eltern geführt und möchte weiter fair und ehrlichen diesen gegenüber auftreten.

Ratsherr Andreas Tamingel beantragt eine Sitzungsunterbrechung von 10 Minuten, dem wird zugestimmt.

Ratsherr Bernd Wichmann beantragt für die CDU/FDP-Fraktion folgenden Passus in den Beschlussvorschlag aufzunehmen: *Sollten die Verhandlungen mit der katholischen Kirchengemeinde innerhalb von vier Wochen scheitern, kann die Übergangslösung am Scheefenkamp umgesetzt werden.*

Ratsfrau Renate Geuter hat Zweifel, dass die kirchlichen Gremien innerhalb von vier Wochen eine Entscheidung treffen können. Durch die zeitliche Verschiebung könnte es sein, dass gar keine Übergangslösung geschaffen werden kann.

Auf Rückfrage von Ratsherr Bernd Wichmann erklärt die Erste Stadträtin, dass es noch keinen Vertrag mit dem Landkreis Cloppenburg über das Wohnhaus am Scheefenkamp gibt, dieser wäre den politischen Gremien vorgelegt worden. Der Landkreis hat jedoch schriftlich bestätigt, dass die Stadt das Gebäude mieten kann.

Ratsherr Hans Meyer erkundigt sich nach dem formalen Ablauf: Wer soll entscheiden, wann die Verhandlungen mit der Kirche gescheitert sind?

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers und Ratsfrau Renate Geuter weisen ebenfalls auf die Grundstücksverhältnisse am Don Bosco Kindergarten hin, da diese nicht im städtischen Eigentum sind.

Ratsherr Wichmann erklärt, dies sei alles unproblematisch, weil die Stadt hier ja ohnehin schon einmal gebaut habe.

Ratsherr Hans Meyer erinnert an die Maßnahmen beim Kindergarten in Gehlenberg, hier habe die Kirche das Grundstück kostenlos bereitgestellt und die Baumaßnahmen selbst ausgeführt. Er führt weiter aus, dass der Vorschlag der CDU/FDP-Fraktion viele Fragen, wie den Standort der Container, die Ver- und Entsorgung und die Kosten aufwirft. Ggf. sind für einen späteren Anbau die Infrastrukturen wieder zurück zu bauen und neu anzulegen.

Folgende Beschlussfassung wird mehrheitlich vorgeschlagen:

Sollten die Verhandlungen mit der katholischen Kirchengemeinde am Standort Don Bosco Kindergarten innerhalb von 4 Wochen scheitern, wird die Verwaltung beauftragt, die Planungen für eine Übergangseinrichtung als Kindertagesstätte auf dem kreiseigenen Gelände am Scheefenkamp weiter zu verfolgen und die erforderlichen Verträge mit dem Landkreis vorzubereiten. Umbaumaßnahmen können bereits im Rahmen des vorhandenen Bauunterhaltungsbudgets umgesetzt werden.

Zudem soll nach einer Übergangslösung für eine Krippengruppe gesucht werden. Dabei ist auch eine „Containerlösung“ im Zusammenhang mit einer bestehenden Einrichtung zu prüfen.

Weiter wird die Verwaltung beauftragt, die erforderlichen finanziellen und personalrechtlichen Voraussetzungen im Rahmen eines Nachtragshaushaltsplanes vorzubereiten.

**TOP 11 Antrag auf eine zusätzliche FSJ-Kraft des Kindergartens St. Christophorus
Vorlage: BV/092/2017**

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erklärt, dass die Verwaltung einen negativen Beschlussvorschlag aufgrund fehlender Haushaltsmittel und fehlender Rechtsgrundlage formuliert hat. Dennoch kann sie das Ansinnen der Leitung nachvollziehen. In der nächsten Leiterinnenrunde soll der Einsatz möglicher FSJ-Kräfte thematisiert werden.

Der Ausschuss schlägt einstimmig folgenden Beschlussvorschlag vor:

Der Antrag der Kath. Kirchengemeinde St. Marien Friesoythe auf eine zweite Kraft im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) wird aufgrund der fehlenden Rechtsgrundlage und nicht vorhandener Haushaltsmittel abgelehnt.

**TOP 12 Sanierung der Küche und Gruppenräume des Kindergartens St. Christophorus
Vorlage: BV/100/2017**

Ratsfrau Renate Geuter erklärt, dass jeder, der den Kindergarten Christophorus kennt, weiß, dass eine Sanierung erforderlich ist. Sie regt an, die Finanzierung zu überprüfen, da so hohe Rücklagen von der Kirchengemeinde gebildet worden sind.

Der Ausschuss spricht einstimmig folgenden Beschlussvorschlag aus:

Dem Antrag der Kath. Kirchengemeinde St. Marien auf Bezuschussung der Sanierung der Küche und Gruppenräume im St. Christophorus Kindergarten wird entsprochen. Die Höhe des Zuschusses

ses wird auf maximal 30.000 € begrenzt. Die Auszahlung erfolgt im Haushaltsjahr 2017 nach Einreichung der Verwendungsnachweise.

TOP 13 Antrag der Großtagespflege "Ich bin Ich" auf Bezuschussung
Vorlage: BV/091/2017

Ratsfrau Renate Geuter schlägt vor, der Beschlussempfehlung der Verwaltung zu folgen. Bei Zahlung eines Zuschusses schafft man einen Präzedenzfall, auf den möglicherweise weitere Anträge folgen.

Ratsherr Karl-Heinz Krone führt die Gleichbehandlung im Vergleich zur Großtagespflege am Grünen Hof an. Hier ist eine tiefergehende Prüfung notwendig.

Der Ausschuss für Jugend, Sport, Kultur und Freizeit empfiehlt dem Verwaltungsausschuss folgenden Beschlussvorschlag:

Der Antrag auf Bezuschussung der Großtagespflege „Ich bin Ich“ wird zunächst zurückgestellt.

TOP 14 Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit - Änderung in Bezug auf § 72a SGB VIII
Vorlage: BV/093/2017

Ratsfrau Renate Geuter erklärt, dass durch die Änderung der Richtlinien rechtliche Grundlagen vollzogen werden und es sich um eine landkreisweite Anpassung handelt.

Ratsherr Karl-Heinz Krone betont, dass es sehr wichtig ist, das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Stadt zu fördern.

Folgender Beschlussvorschlag wird dem Verwaltungsausschuss empfohlen:

Die Richtlinien der Stadt Friesoythe zur Förderung der Jugendarbeit werden um folgenden Passus ergänzt: „Zuschüsse erhalten Träger von Jugendarbeit nur, wenn eine Vereinbarung im Sinne des §72a SGB VIII mit dem örtlichen Träger der Jugendhilfe abgeschlossen wurde.“

TOP 15 Außengelände beim Jugendzentrum Wasserturm
Vorlage: BV/090/2017

Ratsherr Karl-Heinz Krone erklärt, dass die CDU/FDP-Fraktion den Beschlussvorschlag mittragen kann, da das Jugendzentrum sehr gut angenommen wird.

Ratsherr Jonas Bickschlag erkundigt sich danach, in welcher Form die Jugendlichen in die Planungen einbezogen wurden.

Jugendpfleger Matthias Wekenborg erklärt, dass in den Osterferien verschiedene Workshops mit den Kindern und Jugendlichen veranstaltet wurden. Diese Ideen sind in die Planungen mit eingeflossen. Momentan gibt es beim Jugendzentrum verschiedene Gefahrenstellen, die u.a. mit einer Umzäunung entschärft wurden bzw. werden. Zu gegebener Zeit ist über die Einrichtung einer Skateanlage im Außenbereich nachzudenken.

Der Jugend-, Sport-, Kultur- und Freizeitausschuss empfiehlt folgende Beschlussfassung:

Das Außengelände des Jugendzentrums im ehemaligen Lokschuppen mit Wasserturm, Bahnhofstraße 14, soll nach dem dargestellten Konzept im Bereich 1 „Funnsport-Spielfeld“ und im Bereich 2 „Außen-Aktionsfläche“ überplant und ausgestattet werden. Das Funnsport-Spielfeld soll ohne Zugangsbeschränkung frei zugänglich sein.

TOP 16 Anfragen und Hinweise der Einwohner

Die Kindergartenleiterin Margret Moormann entgegnet der Aussage von Ratsherr Bernd Wichmann, dass auch im Haus für Kinder Grüner Hof nicht wenige Absagen geschrieben werden mussten. Bei den betroffenen Eltern war die Enttäuschung darüber sehr groß. Sie betont, dass auch andere Einrichtungen gute Arbeit leisten.

TOP 17 Anträge und Anfragen aus der Mitte des Rates

Zum Ende der Sitzung bittet der Ausschussvorsitzende Sönke Baumdick darum, den Blick auf das Wesentliche, die Kinder der Stadt nicht zu verlieren. Er appelliert daran, Entscheidungen auf Grundlage von Fakten zu treffen. Alle sollten darüber nachdenken, wie zukünftig verhandelt werden soll. Er selbst steht gerne als Vermittler und als Ansprechpartner bei Problemen zur Verfügung.

Sönke Baumdick
Ausschussvorsitzender

Sven Stratmann
Bürgermeister

Marina Meemken
Protokollführerin